

Werbung

Draußen frostig? Im Napf: Pure Natur.

15% Rabatt für
Neukunden mit
Code **apollo15**

12.01.2026 • 42

„Müssen Debatte führen“

Miersch setzt auf Zustimmung in der Union für die Erhöhung der Erbschaftsteuer – trotz Widerspruch von Markus Söder

Während die SPD die Erbschaftsteuer erhöhen will, will die CSU diese senken. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch setzt darauf, dass es auch in der Union Politiker gibt, die seine Ansicht teilen.

Von Redaktion



Matthias Miersch bezeichnet eine Steuererhöhung als „Frage der Gerechtigkeit“. (IMAGO/Mauersberger)

Zwischen Union und SPD gibt es Streit über geplante und mögliche Steuerreformen. Vor allem bei der Reform der Erbschaftsteuer verfolgen beide Parteien konträre Ansätze. Während die SPD Erben stärker besteuern will, möchte die CSU

Unternehmer stärker entlasten. Söder bezeichnete das Vorhaben der Sozialdemokraten als „völlig absurde Idee“, die konterten, der Vorschlag der CSU sei eine „Forderung aus dem Wolkenkuckucksheim“.

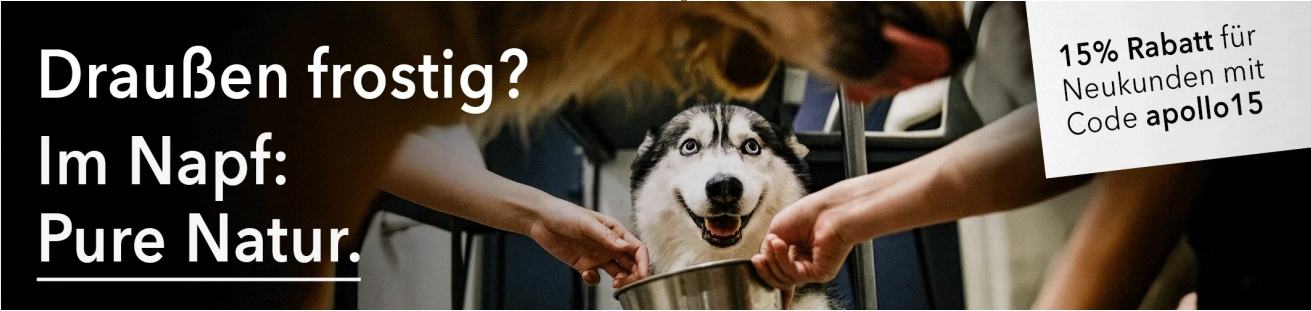
Jetzt schaltet sich auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch ein. Er erklärte am Montag im *ARD-Morgenmagazin*, er rechne damit, dass das Bundesverfassungsgericht die bisherige Erbschaftsteuer als verfassungswidrig bewerten werde: „Generell geht es darum, wir haben sehr, sehr große Erbschaften, die augenblicklich über Umwege nicht versteuert werden, nicht angemessen versteuert werden.“ Durch die Mehreinnahmen sollten die Kommunen mehr Geld bekommen, um vor Ort investieren zu können.

Werbung

Auf die Frage, wie es eine Einigung mit der Union geben solle, wenn Söder den Vorschlag abgelehnt habe, antwortete Miersch, dass man um den besten Weg ringen werde. Es gebe keinen Streit, sondern verschiedene Ansätze. „Da bin ich mir sehr sicher, auch in der CDU/CSU gibt es viele, die sagen, wir haben Riesenvermögen und die müssen eigentlich besser versteuert werden. Deswegen werden wir diese Debatte führen.“ Er stritt ab, dass es sich bei den Vorschlägen der SPD um Maximalforderungen handle.

Am Freitag kündigte Matthias Miersch nach der SPD-Klausurtagung an, dass die SPD in der kommenden Woche ihr Konzept für eine Reform der Erbschaftsteuer vorstellen werde. Auf der Klausur sei ein Entwurf erarbeitet worden, in dem es beispielsweise heißt: „Es ist für uns selbstverständlich, dass das Wohnhaus von Oma steuerfrei geerbt werden kann, aber für drei Villen Erbschaftsteuer anfällt.“ Ein starkes Auseinanderdriften von Vermögen gefährde laut der SPD den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Werbung



**Draußen frostig?
Im Napf:
Pure Natur.**

15% Rabatt für
Neukunden mit
Code **apollo15**

Milliardenschweres Betriebsvermögen soll mit der SPD nicht mehr wie bisher steuerfrei vererbt werden können, wenn die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Die CSU hingegen will die Erbschaftsteuer senken und regionalisieren. „Künftig soll eine

steuerfreie Unternehmensweitergabe in Form von Schenkung oder Erbschaft an leibliche und adoptierte Kinder möglich sein – so sichern wir auch den Fortbestand von Familienunternehmen“, heißt es in einem Beschluss der bayerischen Landespartei.

LESEN SIE AUCH:



Pressemitteilung

Nach zuletzt verheerenden Berichten: Statistisches Bundesamt stellt Veröffentlichung der vorläufigen Insolvenzzahlen ein

Redaktion • 165



Federal Reserve

Streit mit Trump eskaliert: Strafrechtliche Ermittlungen gegen US-Notenbankchef Powell

Redaktion • 27

Gegenüber der *Rheinischen Post* sagte Miersch: „Reiche Erben müssen sich mehr am Gemeinwohl beteiligen, das ist eine Frage der Gerechtigkeit.“ Es gebe zu viele Schlupflöcher, die es „Super-Erben“ ermöglichen würden, sich zu drücken, während normale Erben Steuern zahlten. Das wolle die SPD angehen. Die Frage, ob eine höhere Erbschaftsteuer für Betriebe nicht andere positive Effekte zunichte machen würde, bezeichnete er als „totgerittenes Gegenargument der Wohlhabenden in Deutschland“.

Auch bei der Unternehmenssteuer und der Einkommenssteuer gibt es verschiedene Herangehensweisen in der Koalition. So will die SPD den Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer um 1.000 Euro auf dann 13.348 Euro anheben. Der Spitzensteuersatz soll von 42 auf 47 Prozent steigen. Die CDU ist ebenfalls für eine Anhebung des Grundfreibetrags, lehnt eine gleichzeitige Anhebung des Spitzensteuersatzes aber ab.

mra

Teilen:   

[Zu den Kommentaren \(42\)](#) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) ▾

→ [Weiter zum Zahlen](#)

 [Bank-Überweisung](#)



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von